

Kocka, Jürgen

Book Part

Nur keinen neuen Sonderweg: jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die deutsche Einheit zu hoch

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1992) : Nur keinen neuen Sonderweg: jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die deutsche Einheit zu hoch, In: Udo Wengst (Ed.): Historiker betrachten Deutschland: Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdiskussion (Februar 1990-Juni 1991), ISBN 3-416-02392-7, Bouvier, Bonn ; Berlin, pp. 184-192

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112345>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Nur keinen neuen Sonderweg

Jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die deutsche Einheit zu hoch

(Aus: „Die Zeit“ vom 19. 10. 1990)

Das neue Deutschland steht historisch in mehreren Kontinuitäten. Die Geschichte der DDR gehört ebenso zu seinem Erbe wie die Geschichte der Bundesrepublik; dazu zählt auch die Erinnerung an die Katastrophen der Nazi-Zeit wie überhaupt die lange deutsche Geschichte davor. Überdies ist unsere Geschichte Teil der europäischen und darüber hinaus der westlichen Zivilisationsgeschichte. Daß man in mehreren Kontinuitäten steht, ist normal und Bedingung von Freiheit. Wir können uns die Erbschaften auch keineswegs aussuchen. Aber man muß für die Zukunft sich entschieden in die eine oder andere Kontinuitätslinie stellen und gegenüber den übrigen auf Distanz gehen, ohne sie zu verleugnen oder zu vergessen. Ich plädiere dafür, das vereinigte Deutschland konsequent in der Kontinuität der Bundesrepublik zu verankern. Der tiefe Umbruch von 1989/90 darf die Zäsur der Jahre um 1945 nicht relativieren. Vielmehr sollte und kann er sie besiegeln.

Der Einschnitt vor und nach 1945 ging tiefer als die Einschnitte um 1933, 1918/19, 1870/71 oder 1848. Die nationalsozialistische Diktatur ging in den Schrecken des von ihr angezettelten Weltkriegs zugrunde. Ihre Verbrechen wurden offenbar, und die Erinnerung an sie gibt der deutschen Geschichte seitdem eine andere Qualität. Der 1870/71 gegründete Nationalstaat zerbrach. Preußen wurde aufgelöst. Der deutsch besiedelte Raum schrumpfte erheblich. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen veränderten die Milieus, in die sie einströmten.

Vor allem aber endete – für das westliche Deutschland –, was

Historiker seit den dreißiger Jahren als den „deutschen Sonderweg“ bezeichnet und kritisiert haben. Die sozialen Strukturen und Mentalitäten, durch die sich die Deutschen von den Westeuropäern unterschieden und die zum Sieg des Nationalsozialismus beigetragen hatten, überlebten die Zäsur um 1945 nicht oder nur stark geschwächt: Mit dem Verlust der Ostgebiete und der Enteignung östlich der Elbe hörten die Großgrundbesitzer – die Junker – als Klasse auf zu bestehen. Nationalismus und Militarismus verloren ihre Kraft. Erstmals entstand in Deutschland ein wirklich funktionierender parlamentarisch-demokratischer Verfassungsstaat. Erstmals wurde er von weiten Bevölkerungskreisen akzeptiert, auch von den Führungsschichten. Ein neues Parteiensystem entstand, das nicht mehr durch die konfessionelle Spannung geprägt war. Auch die Gewerkschaften wurden nach 1945 anders aufgebaut, als sie vor der Zerschlagung durch die NS-Diktatur existiert hatten. Allmählich entstand im westlichen Deutschland eine demokratische politische Kultur, die ehemals starken Traditionen der Illiberalität schwächten sich ab. Der Einfluß der Besatzungsmächte half, das Wachstum der folgenden Jahre erst recht.

Es gab zwar auch viele Kontinuitäten und weiterhin deutsche Besonderheiten. So überlebte – zum Glück – der Föderalismus. Der Beamtenstaat widerstand einer Reform, wie sie vor allem die Anglo-Amerikaner gefordert hatten. Obwohl sich die Deutschen von der nationalsozialistischen Zeit viel weniger radikal absetzen, als man es sich gewünscht hatte, wurde aus der Bundesrepublik Deutschland nach Verfassung, Gesellschaftsstruktur, Wirtschaftsform und Kultur ein relativ normales Land westlichen Musters, mit dessentypischen Vorzügen und Problemen. Auch aufgrund seiner politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Verflechtungen gehörte der größte Teil Deutschlands nunmehr eindeutig zum Westen. Der „Sonderweg“, der die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert vom Entwicklungspfad der westlichen Demokratien weggeführt hatte und in die Katastrophe des Nationalsozialismus gemündet war, war – so schien es – glücklicherweise am Ende.

Mit drei Einschränkungen: All dies traf nur auf den größeren – westlichen – Teil Deutschlands zu, nicht auf den kleineren östlichen; der Verlust des Nationalstaates, die Existenz zweier deutscher Staaten, die fehlende Kongruenz von politischer Organisation und nationaler Erstreckung blieb eine deutsche Besonderheit, deren langfristige Bedeutung nicht abzusehen war; und schließlich lastete auf allem die „Vergangenheit, die nicht verging“, eine Geschichte, zu der Faschismus, Diktatur und staatlich betriebener Massenmord gehörten. Die Erinnerung daran ließ sich nicht verdrängen; deshalb unterschied sich die Bundesrepublik von anderen westlichen Staaten. Um die Anerkennung und Einordnung dieses Erbes ging es im „Historikerstreit“ von 1987/88.

Man hat es für richtig gehalten, die Bundesrepublik rückblickend als rheinisch-separatistischen Halbstaat abzuqualifizieren, der sich, von westlichen Besatzungsarmeen gestiftet, ohne tragfähige Identität, ohne richtige Hauptstadt und von zentrifugalen Tendenzen zerklüftet, nun glücklicherweise in ein neues Gesamtdeutschland, einen zentraleuropäischen Staat mit historisch begründetem Eigenweg auflöse (so Friedrich Dieckmann und Karl Heinz Bohrer kürzlich im „Merkur“). Christian Meier spricht davon, daß die postnationale Orientierung der Bundesrepublik ihre Lebenslüge ausgemacht habe, und befürchtet, daß wir jetzt, geprägt von den bequemen Erfahrungen mit dem westlichen Teilstaat, zu einer „Nation wider Willen“ werden. Andere wollen das Grundgesetz durch eine neue, demokratischere und sozialere Verfassung ersetzen, die zugleich dokumentieren soll, daß das neue Gesamtdeutschland keine bloße Fortsetzung der Bundesrepublik darstellt.

Zu solchen Absetzungsbewegungen von der Bundesrepublik und ihrer Tradition besteht aber kein Anlaß. Was im vergangenen Jahr in Deutschland geschehen war, ist nicht zuletzt eine Folge der – nicht nur ökonomischen – Leistungs- und Anziehungskraft der Bundesrepublik. Es könnte sein, daß die unbestreitbare Leistungskraft der Bundesrepublik, ihre Mischung aus Effizienz, Demokratie und Liberalität, ihr Verzicht auf machtpolitische

Großmannssucht, ihre sozialen Errungenschaften und ihre Verankerung in der Zustimmung einer sehr großen Bevölkerungsmehrheit gerade mit dem zusammenhängen, was Bohrer, Meier und andere als ihr angebliches Identitätsdefizit ausmachen wollen, nämlich mit ihrem postnationalen Charakter. „Vielleicht wissen wir noch gar nicht, was uns gefehlt hat“, meint Meier. Das ist mir zu luftig, zu spielerisch. Im Licht unserer Geschichte und im nüchternen Vergleich kann man jedenfalls wissen, was man gehabt hat – und was man verlieren kann.

Der Mangel an nationaler Begeisterung kann insofern nicht überraschen. Statt dessen stellt sich die Frage: Weshalb stieß die Vereinigung auf so große Zustimmung, warum hat sie sich so selbstverständlich durchgesetzt?

Die Vereinigungsdynamik kam vor allem aus der DDR und resultierte aus dem Zusammenbruch der Selbstanerkennung des DDR-Staatsvolkes. Dahinter steckten das Versagen des diktatorischen Staatssozialismus im Systemwettbewerb und der gleichzeitige Mangel an jeder überzeugenden Perspektive eines dritten Wegs zwischen Staatssozialismus und Marktwirtschaft. Damit aber war der Fortexistenz eines selbständigen ostdeutschen Staates die Grundlage entzogen, sobald die diktatorischen Machtverhältnisse und die außenpolitischen Bedingungen sie nicht mehr erzwingen.

Die nationale Bewegung, in die die DDR-Revolution seit November 1989 überging, war im Kern eine verständliche Bewegung für den Abbau ökonomischer und sozialer Ungleichheit: ein sehr verständliches Motiv, ein rationales Kalkül, das mittelfristig auch aufgehen wird. Viel schwerer ist zu erklären, warum dieses Vereinigungsbegehren unter den Westdeutschen nicht auf mehr Skepsis stieß, sondern von der politischen Klasse der Bundesrepublik mit wenigen Ausnahmen gestützt und verstärkt wurde.

Sicherlich spielten die grundgesetzlichen Festlegungen eine Rolle. Ein wenig war man wohl auch in der eigenen Nationalrhetorik befangen, die man verbreitet hatte, ohne ihre Einlösung erwarten zu können oder zu müssen. Auch an machtsstaatlichem Ehrgeiz dürfte es nicht ganz gefehlt haben. Ins Gewicht fiel

sicherlich auch, daß erstmals seit mehr als hundert Jahren in Deutschland wieder eine – vermutlich vorübergehende – Situation bestand, in der man besten Gewissens national und demokratisch-liberal zugleich argumentieren und die Vereinigung auch als Mittel zur Herstellung demokratisch-parlamentarischer, rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR wünschen konnte.

Letztlich dokumentiert die im Grundsatz breit akzeptierte westdeutsche Vereinigungspolitik des Jahres 1990, daß auch in der westdeutschen Bevölkerung nationales Zusammengehörigkeitsbewußtsein, nationale Loyalitäten und Identitäten fortwirken, die Politik legitimieren können, ohne selbst der expliziten Legitimation zu bedürfen. Wie tragfähig sie sind, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren allerdings noch herausstellen müssen. Sie sind leicht zu überfordern und konkurrieren zum Glück mit anderen Bedingungen und Interessen.

Müssen wir deshalb neuerlich das Abdriften der Deutschen auf einen Sonderweg befürchten? Zwar war unsere Zukunft in der Nachkriegszeit noch nie so offen. Trotzdem halte ich folgendes für wahrscheinlich:

Erstens: Mit der Vereinigung ist die Ostgrenze Deutschlands an Oder und Neiße – und damit eine faktische Entscheidung von 1945 – definitiv besiegelt worden. Das neu entstehende Gesamtdeutschland unterscheidet sich von dem früheren Deutschen Reich nicht zuletzt in seiner Erstreckung nach Osten. Das neue Deutschland ist keine Wiederherstellung des alten.

Zweitens: Zweifellos wird die Vereinigung sozial-ökonomisch, verfassungspolitisch und kulturell keine Restauration der Verhältnisse vor dem Zweiten Weltkrieg mit sich bringen, insofern also keine Rückkehr zum alten deutschen Sonderweg.

Drittens: Der Nationalstaat stellt offensichtlich weiterhin die Normalform politischer Organisation europäischer Gesellschaften dar. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die in gewissem Sinn postnationale Gemeinwesen darstellten, treibt die Entwicklung zu einer künftigen Ordnung jenseits der Nationalstaaten nicht voran. Aber sie begründet als solche auch keinen deutschen Sonderweg, sondern bedeutet den Anschluß der deut-

schen Entwicklung an die europäische Normalität. Noch bleiben große Unsicherheiten. In unserem Teil der Welt ist es noch nie recht gelungen, Frieden, Freiheit und nationalstaatliche Einheit längere Zeit auf einen Nenner zu bringen. Wie werden die Deutschen mit ihrer neuen Großmachtrolle zurechtkommen? Wie verarbeitet Europa die neu gewonnene Größe, Kraft und Souveränität der Deutschen? Wie stabil ist die Wiedergeburt der nationalstaatlichen Ordnung Mittel- und Osteuropas?

Viertens: Das künftige Gesamtdeutschland wird sich aber nicht nur nach Größe und Erstreckung, sondern auch nach Struktur und Qualität von der Bundesrepublik unterscheiden. Was wird die DDR in die Verbindung einbringen? Sensibilität für soziale Belange, Übung in nichtmarktförmigen Beziehungen, ihren Antifaschismus, Bescheidenheit, Geduld, Qualifikationen und Motivation, dazu das Bewußtsein, eine Volksbewegung zu beträchtlichem Erfolg geführt zu haben? All das wäre nicht wenig. Andererseits wird der entstehende Gesamtstaat mit den Problemen der sich auflösenden DDR belastet; wirtschaftliche und soziale Übergangsschwierigkeiten größten Ausmaßes und daraus entstehende Protestpotentiale; die giftige Erblast einer Jahrzehnte dauernden Diktatur, die in personellen Kontinuitäten ebenso weiterlebt wie in den Eigenarten der politischen Kultur; einen empfindlichen Mangel an Liberalität, die in der Bundesrepublik langsam gewachsen und selbst hier noch gefährdet ist; dafür Erfahrungen der Niederlage, der Demütigung vielleicht; gebrochene Identitäten und ungelöste Probleme der „Vergangenheitsbewältigung“. Wie wird es dem neuen Gesamtdeutschland gelingen, diese Schwierigkeiten zu absorbieren, ohne an ihnen Schaden zu nehmen?

Anders als die Bundesrepublik wird das neue Deutschland die Kernlande des alten Sonderwegs umfassen und nicht wie die Bundesrepublik im wesentlichen auf das Gebiet des rheinbündischen Deutschlands beschränkt sein. Es wird aus einer anderen Mischung regionaler Kulturen bestehen. Das langsamere Wirtschaftswachstum, der erzwungene Verzicht auf die Öffnung nach Westen, die Fortdauer des Mangels und der Diktatur haben dazu geführt, daß die DDR deutscher geblieben ist als die Bundesrepu-

blik, weniger weltläufig, zumal sie sich aus erklärlichen Gründen viel weniger von ihren östlichen Nachbarn beeinflussen ließ als die Bundesrepublik vom Westen.

Wird also die Vereinigung die Balance ändern und die innere Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen – verglichen mit der Westorientierung der Bundesrepublik – relativieren? Wird sie also doch einen Schritt auf einen deutschen Sonderweg zwischen Ost und West bedeuten, wenn natürlich auch in aktualisierter Form?

Manches Gerede von der angeblichen Brückenfunktion der Deutschen zwischen Ost und West läßt aufhorchen. Wir sollten uns nicht übernehmen. Für Berlin als Hauptstadt spricht vieles, aber je mehr die Entscheidung eine grundsätzliche Verschiebung des ganzen Koordinatenkreuzes von West nach Ost und die betonte Absetzung des neuen Deutschland von der bisherigen Bundesrepublik symbolisieren soll, desto mehr Mißtrauen muß sie hervorrufen.

Zweifelloos ist vieles an der Bundesrepublik ungerecht und dringend der Veränderung bedürftig: die riesigen Ungleichheiten, das schwierige Verhältnis zur Dritten Welt, die ökologischen Probleme, neureiche Stillosigkeit, Ellbogenmentalität, Sinndefizite. Allerdings ist nicht zu sehen, wie die Übernahme von DDR-Erregenschaften oder gar der Rückgriff auf ältere deutsche Traditionen bei der Lösung helfen könnten. Überhaupt ist dies keine Zeit für radikale Reformen. Man muß froh sein, wenn man die unvermeidlichen Turbulenzen der Vereinigungskrise übersteht, ohne hinter den erreichten Stand der Entwicklung zurückzufallen.

Das gilt besonders in der Frage der Verfassung. Wer die demokratischen Verfassungsgrundsätze und die Prinzipien westlicher Zivilisation für wichtiger hält als die Zugehörigkeit zu einer Nation, wird sich dagegen wehren, daß die Grundlagen dieser Republik zur Disposition gestellt werden sollen, nur weil sich die nationale Konstellation verändert hat. Wir brauchen keinen neuen Parlamentarischen Rat. Für notwendige Verfassungsänderungen hält das Grundgesetz selbst die angemessenen Verfahren bereit.

Man kann Tempo und Art der Vereinigung kritisieren, mit gutem Grund. Sie führt zumindest im Augenblick zu hohen Kosten, die vor allem von den Bewohnern der DDR bezahlt werden: Entwurzelung, Abstieg, Unsicherheit, neue Unterordnung und Desorientierung. Zu den Wunden, die die letzten Jahrzehnte schlugen, kommen neue Verletzungen. Es wird lange dauern, sie auszuheilen. Aber richtig ist doch – und auch von großen Mehrheiten in der DDR so gewollt –, daß die Vereinigung vor allem zu westlichen Bedingungen erfolgt: auf der Basis des im wesentlichen unveränderten Grundgesetzes, nach bundesrepublikanischem Muster, bei gleichzeitig verstärkter Einbindung Deutschlands in den schrittweise zu erweiternden Zusammenhang der EG, ohne jeden Flirt mit militärpolitischer Neutralität.

Jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die Vereinigung zu hoch. Im Licht der Erinnerung an den deutschen Sonderweg, seine katastrophalen Folgen und sein kostenreiches Ende um 1945 ist klar: Die Vereinigung geschieht zu Recht als Integration der DDR in die Bundesrepublik, nicht als Kompromiß zwischen Westen und Osten, nicht als Zusammenwachsen auf mittlerem Grund.

Das neue Deutschland wird dennoch nicht bloß eine neue Bundesrepublik sein. Neue Erfahrungen und neue Traditionslinien kommen hinzu, Belastungen vor allem, vielleicht auch Chancen. Zu unserer Geschichte – und nicht zur Vergangenheit von nur sechzehn Millionen – gehören nun auch die vier Jahrzehnte der DDR. Wir werden lernen müssen, damit zu leben. Die politische Kultur und das politische Spektrum des neuen Deutschland werden weiter, vielfältiger und spannungsreicher sein als die Kultur und das Spektrum der Bundesrepublik. Dies anzuerkennen und sich selbst entsprechend zu ändern, gehört zu den Grundprinzipien des pluralistisch-demokratischen Systems, dessen friedliche Ausdehnung auf den bisher diktatorisch regierten Teil Deutschlands historisch viel wichtiger ist als die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats als solche.

Nicht das Zusammenwachsen zu irgendeiner neuen national-deutschen Identität mit überraschenden Inhalten und neuen

Strukturen ist die Aufgabe der nächsten Zukunft, sondern die möglichst taktvolle Übertragung des – entwicklungsfähigen und entwicklungsbedürftigen – bundesrepublikanischen Modells auf den Bereich der ehemaligen DDR. Die Vereinigung als Mittel zur Demokratisierung und Verwestlichung der DDR – das ergibt einen Sinn und definiert eine Aufgabe, die uns noch lange beschäftigen wird.